

Waukegan, Ill. A mer. 833 426. (Veröffentl. 31./3.)

Gewinnung eines schwerlöslichen **Zinksalzes** der Formaldehydsulfoxyssäure. C. R a d e m a c h e r, Prag. Belg. 206 177. (Ert. 16./3.)

Elektrolytische Herstellung von reinem **Zinn**. A. J. M. T h i r o t. Übertr. L. A. M a g e, Avignon, Frankreich. A mer. 883 589. (Veröffentl. 31./3.)

Kreisprozeß zur Gewinnung von metallischem **Zinn**. F. v o n K ü g e l g e n, Holcombs Rock, Va., und G. O. S e w a r d, Neu-York. A mer. 883 139. (Veröffentl. 31./3.)

Verfahren zum Elektrolysieren wässriger **Zinnchloridlösungen**. F. v o n K ü g e l g e n, Holcombs Rock, Va., und G. O. S e w a r d, Neu-York. A mer. 883 140. (Veröffentl. 24./3.)

Verein deutscher Chemiker.

Fachgruppe für Gärungschemie des Vereins deutscher Chemiker.

Die Fachgruppe für Gärungschemie tritt gelegentlich der Hauptversammlung zu einer Sitzung am **Freitag, den 12. Juni, nachmittags 2 Uhr** zusammen.

Der Unterzeichnete bittet, Gegenstände, deren Behandlung in der Tagung gewünscht werden, ihm umgehend mitzuteilen.

Der Vorsitzende.

Delbrück.

Berlin N. 65, Seestr. (Institut für Gärungsgewerbe.)

Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung am 6. April 1908 zu Berlin, vormittags 9¹/₂ Uhr.

Anwesend sind:

Prof. Dr. C. D u i s b e r g, Vorsitzender,
Direktor Dr. H. K r e y, stellvertr. Vorsitzender,
Geheimrat Prof. Dr. M. D e l b r ü c k,
Dr. ing. J. C a r s t e n s,
Geheimrat Prof. Dr. W. H e m p e l und der
Generalsekretär Prof. Dr. B. R a s s o w, als Protokollführer.

An den Beratungen über Punkt 13 und 14 der Tagesordnung nimmt teil:

Dr. P. F l e m m i n g, Hamburg.

Direktor F r i t z L ü t y hat in letzter Stunde wegen eines Todesfalls sein Ausbleiben entschuldigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende Herrn Geheimrat Dr. H e m p e l, der zum ersten Male an einer Vorstandssitzung teilnimmt.

Vorbereitung der Hauptversammlung Jena.

Herr K r e y berichtet, daß infolge der eifrigen Bemühungen des Ortskomitees in Jena die Vorarbeiten in normaler Weise vorwärts schreiten.

Die Versammlungen werden durchweg in dem großartigen Volkshaus zu Jena stattfinden.

Es ist geplant: Für Mittwoch Abend eine Begrüßung mit szenischen Aufführungen.

Für Donnerstag Vormittag die Festversammlung mit Ansprachen und Vorträgen, sowie anschließend eine Demonstration des Verfahrens der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik zur Gewinnung von Salpetersäure aus der Luft durch Herrn Dr. S c h ö n h e r r.

Für Donnerstag Nachmittag die Geschäftssitzung des Vereins und abends 7 Uhr das Festessen.

Für Freitag Vormittag gemeinschaftliche Sitzung mit allgemeinen Vorträgen wissenschaftlicher und technischer Natur.

Für Freitag Nachmittag Sitzungen der Fachgruppen und Spezialvorträge.

Für Freitag Abend Fest, gegeben von der Stadt Jena.

Für Sonnabend Ausflug in das Schwarzatal und Mittagessen in Schwarzburg.

Als Exkursionen sind Besichtigungen des Zeißwerkes und der Glaswerke Schott und Genossen in Gruppen von je 25 Teilnehmern, sowie Besichtigung der Porzellanfabrik Kahla, der Zementfabrik Göschwitz und der städtischen Gasanstalt Jena für Mittwoch, Donnerstag und Freitag in Aussicht genommen.

Der Ortsausschuß bittet die Teilnehmer, wegen der beschränkten Zahl zur Verfügung stehender Wohnungen sich möglichst früh anmelden zu wollen.

Die Geschäftsstelle wird die Vorsitzenden der Fachgruppen bitten, in das Programm ihrer Sitzungen durchweg aufzunehmen: Vorbereitung für die Verhandlungen in der betreffenden Sektion des Internationalen Kongresses zu London 1909.

Wahl des Vorstandes.

Die Herren L ü t y und H e m p e l sollen der Hauptversammlung zur Wiederwahl auf 3 Jahre vorgeschlagen werden.

Ort und Zeit der Hauptversammlung 1909.

Der Vorsitzende berichtet, daß trotz mündlicher und schriftlicher Verhandlungen mit dem englischen Komitee es ihm nicht möglich gewesen sei, eine Verlegung des Termines des Internationalen Kongresses herbeizuführen. Dieser Kongreß wird in den Tagen von Donnerstag, den 27. Mai bis Mittwoch, den 2. Juni in London stattfinden; Pfingsten fällt auf den 30. Mai.

Gemäß dem Ergebnis der vom Vorsitzenden veranstalteten Rundfrage beim Vorstandsrat wird beschlossen, von einer Verlegung unserer Hauptversammlung nach London abzusehen.

Es soll daher dem Vorstandsrat vorgeschlagen werden, die Hauptversammlung 1909 nicht in der Pfingstwoche abzuhalten, weil zweifelsohne eine große Zahl von Mitgliedern am Donnerstag oder Freitag, den 3. oder 4. Juni 1909 noch nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt sein wird, sondern wenigstens noch den Schluß der Pfingstwoche für Exkursionen in das englisch-schottische Industriegebiet verwenden wird.

Der Vorstand wird daher vorschlagen, im Jahre 1909 nur eine geschäftliche Sitzung abzuhalten und die wissenschaftliche Sitzung des Internationalen Kongresses wegen ausfallen zu lassen.

Die geschäftliche Sitzung soll entweder am Dienstag, den 25. Mai 1909 in Düsseldorf oder am Sonntag nach Ostern (18. April) in Berlin stattfinden.

Für den Fall, daß die Hauptversammlung diese Vorschläge des Vorstandes sämtlich ablehnt, soll vorgeschlagen werden, die Hauptversammlung Anfang August 1909 oder zu einem anderen, dem Frankfurter Bezirksverein und der Hauptversammlung genehmen Termin in Frankfurt abzuhalten.

Die Geschäftsstelle soll sich mit Reisebureaus über die Gewährung von Vorzugspreisen für die Reise zum Internationalen Kongreß und für den Aufenthalt in London in Verbindung setzen.

Die Hauptversammlung in München ist auf das Jahr 1911 zu verschieben, wenn im nächsten Jahr, entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes, nur eine geschäftliche Sitzung stattfindet und dann die Hauptversammlung im Jahre 1910, entsprechend den Wünschen des Frankfurter Bezirksvereins, in Frankfurt tagen wird.

Vereinsrechnung für 1907.

Herr L ü t y hat die Abrechnung für 1907 eingesandt; dieselbe schließt mit einem Verluste von M 2110,25 ab, weil verschiedene Ausgaben, wie Beitrag zum Deutschen Museum, Kosten der Rechtsauskunftsstelle usw. im Voranschlag nicht vorgesehen waren. Der Bericht der Rechnungsprüfer wird zur Kenntnis genommen und die Abrechnung genehmigt. Letztere soll sobald als möglich den Vorstandsmitgliedern zugestellt werden.

Voranschlag für 1909.

Da der Herr Referent und der Voranschlag fehlt, muß die Genehmigung des Voranschlages auf schriftlichem Wege bewirkt werden.

Abrechnung der Zeitschrift für 1907.

Die Abrechnung liegt schriftlich vor; sie wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Dieselbe schließt mit einem Gewinn von M 5170,50 ab, wozu noch aus dem Verkauf älterer Jahrgänge der Betrag von M 1184,11 tritt, wodurch der Gesamtertrag aus dem Zeitschriftenunternehmen mit M. 6354,61 abschließt.

Punkt 11. Vereinszeitschrift und Wünsche zu ihrer Verbesserung.

Herr R a s s o w hat einen schriftlichen Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im Jahre 1907 erstattet und trägt die wichtigsten Zahlen daraus vor.

Da es als ein erheblicher Mangel der Zeitschrift bezeichnet wird, daß die Referate größtenteils erst dreiviertel Jahr nach Erscheinen der Originalarbeiten bei uns veröffentlicht worden sind, und da es andererseits der Redaktion jetzt gelungen ist, die Zahl und den Umfang der Referate so zu regeln, daß gegenwärtig ungefähr ebensoviel Material eingeht, wie in der Zeitschrift normalerweise veröffentlicht werden kann, wird beschlossen:

Die in Satz stehenden Referate im Umfang von etwa 250 Seiten sind sobald wie möglich mit Hilfe von verstärkten Heften abzudrucken; dabei soll

die Redaktion versuchen, durch Kürzungen Platz zu sparen; für die gestrichenen Partien ist aber den Referenten das Honorar zu zahlen. Die Redaktion soll ferner versuchen, im Laufe des Jahres wenigstens einen Teil der jetzigen Überschreitung des Umfanges wieder einzubringen, damit keine erhebliche Überschreitung des für die Zeitschrift aufgestellten Etats stattfindet.

Sobald der zeitliche Anschluß der Referate an die Originalveröffentlichungen erreicht ist, soll die Redaktion mit den Firmen der chemischen Industrie in Verbindung treten und von ihnen die Erlaubnis einholen, die deutschen Reichspatente im Auszug veröffentlichen zu dürfen, sobald ihre Auslegung erfolgt ist.

Der Vorschlag der Redaktion, die Rubriken: „Eingelaufene Bücher“ und „Patentanmeldungen“ in den Anzeigenteil zu verlegen, soll im Herbst dieses Jahres bei Aufstellung des neuen Etats wieder vorgebracht werden.

Es ist ferner in Aussicht zu nehmen, daß in Zukunft auch die deutschen Entscheidungen über Zollsachen Berücksichtigung finden.

Verteilung der Vorstands-geschäfte.

Entsprechend den Bestimmungen des § 12 der Satzungen wird die bisherige Verteilung der Vorstands-geschäfte beibehalten. Als zweiter Dezernent des Vorstandes für Zeitschriftsangelegenheiten wird Herr H e m p e l ernannt.

Dementsprechend übernimmt die Aufsicht über die Geschäftsführung und das Vereinsbureau Herr D u i s b e r g. Die Kassengeschäfte und die Vertretung des Kuratoriums der Hilfskasse im Vorstand führt Herr L ü t y, die Aufsicht über die Zeitschrift für angewandte Chemie übernehmen die Herren K r e y und H e m p e l, die Aufsicht über die Rechtsauskunftsstelle Herr D e l b r ü c k, die Aufsicht über die Stellenvermittlung und das Adressenverzeichnis Herr C a r s t e n s; alle anderen Vereins-geschäfte unterstehen der direkten Leitung des Vorsitzenden.

Schaffung eines sozialen Ausschusses.

Herr C a r s t e n s als Referent berichtet über die Arbeiten der provisorischen sozialen Kommission¹⁾ und legt einen Satzungsentwurf, sowie Grundzüge für eine Geschäftsordnung vor. Er berichtet ferner über Abänderungen, die neuerdings Herr Dr. H a a g n, Hanau, zu den Satzungen des Ausschusses vorgeschlagen hat.

Herr F l e m m i n g führt einige Punkte, die auf der Sitzung des provisorischen Ausschusses zu

¹⁾ Bekanntlich ging die erste Anregung dazu, alle in das soziale Gebiet fallenden Aufgaben, welche dem Verein deutscher Chemiker erwachsen, einer Zentralstelle zu überweisen, von Herrn Dr. H e s s e, Berlin aus, der dieselbe auf der geschäftlichen Sitzung der Hauptversammlung zu Danzig vorbrachte (diese Z. 20, 1522 [1907]). Dieser Vorschlag, der, als eine Eingebung des Augenblicks, natürlich noch keine endgültige Gestalt gewonnen hatte, führte noch im Laufe der Hauptversammlung zu eingehenden, privaten Erörterungen, mit dem Ergebnis, daß der Vorstand Herrn C a r s t e n s beauftragte, bis zur nächsten Vorstandssitzung eine Denkschrift auszuarbeiten über Zwecke und Ziele

Berlin am 19. Januar zur Sprache gekommen sind, weiter aus.

Herr Krey als Korreferent schlägt vor, einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuß mit einem Juristen als Vorsitzenden einzusetzen.

Nach ausführlicher Besprechung der Angelegenheit beschließt der Vorstand:

Bei der Hauptversammlung die Einsetzung eines „Sozialen Ausschusses“ zu beantragen.

Die von der provisorischen Kommission entworfenen Satzungen werden eingehend durchberaten und sollen in folgender Form dem Vorstandsrat zur Annahme empfohlen werden:

§ 1.

Zweck des Ausschusses.

Der soziale Ausschuß ist ein den Vorstand bei allen die soziale Lage der Chemiker berührenden Fragen beratendes Organ.

Er hat die Aufgabe, soziale Fragen, welche die Mitglieder des Vereins im einzelnen oder den Stand der Chemiker oder die Gesamtheit des Vereins angehen, zu bearbeiten; insbesondere Material jeder Art zu sammeln, Umfragen, z. B. statistischer Art, anzuregen oder zu veranstalten, Berichte auszuarbeiten, Entwürfe vorzubereiten.

Ferner vermittelt der Ausschuß die im Verein über die soziale Stellung des Chemikerstandes laut werdenden Beschwerden und Wünsche dem Vorstande zur weiteren Verfolgung.

§ 2.

Zusammensetzung des Ausschusses.

Der soziale Ausschuß wird mit der Rechtsanwaltsstelle gemeinsam arbeiten und insbesondere auch das ihm von dieser zur Verfügung gestellte Material seinen Arbeiten zugrunde legen.

§ 3.

Der soziale Ausschuß setzt sich zusammen aus:

- I. Drei angestellten Chemikern im weitesten Sinne des Wortes,

einer solchen Kommission. Herr Carstens war hierzu bereit und ließ sich gleichzeitig ermächtigen, eine Anzahl gleichdenkender Kollegen hinzuzuziehen.

Demgemäß vereinigten sich dann die Herren Carstens, Flemming, Haagn, Hesse und Quincke als freiwillige soziale Kommission. Am Sonntag, den 21. Juli 1907 traten dieselben zu ihrer ersten Beratung zusammen, wobei Herr Hesse, der gerade im Auslande weilte, sich durch Herrn Hahn, Niederschöneweide vertreten ließ. Das Ergebnis dieser Beratung war eine Ausarbeitung über Aufgaben und Organisation eines sozialen Ausschusses des Vereins deutscher Chemiker. Diese wurde dem Vorstande vorgelegt und von ihm auf seiner Sitzung in Berlin am 9. und 10. Novbr. 1907 beraten (diese Z. 20, 2108 [1907]).

Auf der Grundlage der Gegenvorschläge des Vorsitzenden, zu welchen die Mitglieder zunächst schriftlich, dann in einer zweiten Kommissionsitzung mündlich in eingehender Beratung Stellung genommen, entstand der heute veröffentlichte Entwurf einer „Satzung des sozialen Ausschusses des Vereins deutscher Chemiker“.

- II. drei unabhängigen Chemikern (Fabrik-inhaber oder Leiter, Hochschulprofessoren oder selbständige Chemiker),

- III. dem Rechtsbeirat des Vereins.

Der Ausschuß wählt einen Vorsitzenden, und zwar, wenn dieser dazu bereit ist, den Rechtsbeistand des Vereins.

Der Vorsitzende des Ausschusses ist zu Beratungen der das Arbeitsgebiet des Ausschusses berührenden Fragen im Vorstande und Vorstandsrate des Vereins einzuladen und nimmt an den betreffenden Punkten der Tagesordnung mit beratender Stimme teil.

§ 4.

Wahl der Ausschußmitglieder und Amtsdauer.

Die in § 3 unter I und II aufgeführten Mitglieder des Ausschusses werden in folgender Weise durch die Hauptversammlung gewählt:

1. Jeder Bezirksverein hat das Recht, spätestens zwölf Wochen vor der Hauptversammlung je einen Herrn der beiden Kategorien, der nicht Mitglied des Vorstandes ist, dem Vorstand zur Wahl anzumelden. Der Vorstand ergänzt ev. die Liste auf die erforderliche Zahl und veröffentlicht sie sodann in der Vereinszeitschrift.

2. Der Vorstandsrat wählt aus den so Angemeldeten zwei Herren der ersten und zwei der zweiten Kategorie und schlägt diese vier Herren der Hauptversammlung zur eigentlichen Wahl vor.

3. Die Wahl erfolgt auf der Hauptversammlung für beide Kategorien getrennt. In jeder Kategorie ist derjenige, der die meisten Stimmen bekommt, Mitglied des Ausschusses, der andere sein Stellvertreter. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

In jedem Jahr sind so viele Mitglieder und Stellvertreter zu wählen oder wiederzuwählen, daß die volle Zahl von Mitgliedern jeder Kategorie erreicht wird.

§ 5.

Die normale Amtsdauer beträgt 3 Jahre. Jedes Jahr scheidet je ein Mitglied jeder Kategorie und sein Stellvertreter aus.

Nachdem zuvor auf schriftlichem Wege vorgearbeitet und namentlich seitens der Herren Carstens, Flemming und Hesse ausführliche Entwürfe über Ziele und Aufgaben des Ausschusses ausgearbeitet worden waren, einigte man sich auf der zweiten Zusammenkunft in Berlin dahin, dem Vorstande ein kurzes Statut zur Genehmigung vorzulegen, das alles Wesentliche auf eine bleibende rechtliche Grundlage stellen sollte. Dieser Entwurf entsprach fast vollständig dem hier veröffentlichten.

Alles andere wurde als Sache der Geschäftsordnung dispositiv behandelt und die Beratungen hierüber, ebenso wie die oben erwähnten Entwürfe, werden dem auf der Hauptversammlung in Jena zu wählenden sozialen Ausschuß als Material für eine Geschäftsordnung zu überweisen sein.

In der Sitzung galten als wesentlichste Punkte, von deren Festhalten die Kommission nicht absehen zu dürfen glaubte: Paritätische Zusammensetzung und Arbeit auf breiter Grundlage unter Heranziehung aller Kräfte des Vereins durch Vermittlung der Zeitschrift. Dieser Ansicht schloß sich auch der Vorstand an.

§ 6.

Veröffentlichungen des Ausschusses.

Berichte, Anträge, Protokolle usw. des sozialen Ausschusses werden in der Vereinszeitschrift veröffentlicht.

Hat der Vorstand schwerwiegende Bedenken, so setzt er sich zur Klärung mit dem Ausschuß in Verbindung.

Wird keine Einigung erzielt, so ist die Sache dem Vorstandsrate vorzulegen.

§ 7.

Tagung des Ausschusses.

Der soziale Ausschuß tagt jährlich wenigstens einmal gelegentlich der Hauptversammlung. Soll eine weitere mündliche Verhandlung stattfinden, so müssen mindestens vier Ausschußmitglieder diesen Antrag unterstützen.

Der Ausschuß ist beschlußfähig bei Anwesenheit von je 2 Mitgliedern beider Kategorien. Er faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit; im Falle der Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 8.

Der Ausschuß gibt sich selbst eine Geschäftsordnung. Diese unterliegt wie alle Beschlüsse, die den Verein mit Kosten belasten, der Genehmigung des Vorstandes.

§ 9.

Übergangsbestimmungen.

Die erste Wahl der Ausschußmitglieder findet zu Jena auf Vorschlag des Vorstandsrates durch die Hauptversammlung statt. Für die zwei ersten Jahre entscheidet das Los darüber, welche Mitglieder entsprechend § 5 ausscheiden.

Dieser Satzungsentwurf soll möglichst bald in der Zeitschrift mit dem Antrag des Vorstandes auf Einsetzung eines sozialen Ausschusses veröffentlicht werden.

Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Herr Carstens hat seitens der sozialen Kommission einen schriftlichen Bericht: „Ansichten der provisorischen sozialen Kommission über die Ausführung des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt in Sachen Privatversicherung“ vorgelegt. Die am Schluß dieses Berichtes ausgesprochenen Leitsätze werden gutgeheißen und sollen bei der Verhandlung über den Antrag des Bezirksvereins S.-A. mit zugrunde gelegt werden. Inzwischen hat Herr Küssel in einem Brief an die soziale Kommission eine Anzahl Vereine genannt, mit denen der Verein deutscher Chemiker in Verbindung treten möchte, um bei den bevorstehenden Verhandlungen über Pensionsversicherung ein größeres Gewicht in die Wagschale werfen zu können.

Die Geschäftsstelle wird vertraulich bei den Leitungen dieser Vereine anfragen, ob Neigung zu einem Zusammenarbeiten auf dem beregten Gebiete vorhanden ist.

Die „Ansichten“ der vorläufigen sozialen Kommission sind den Bezirksvereinen mitzuteilen mit der Bitte, sich hierüber zu äußern.

Bericht über die Stellenvermittlung.

Herr Rassow hat einen schriftlichen Bericht vorgelegt, der genehmigt und dem Vorstandsrat demnächst gedruckt zugehen wird.

Die von der Geschäftsstelle vorgeschlagene abgeänderte Geschäftsordnung der Stellenvermittlung ist dem Vorstandsrat bzw. der Hauptversammlung als Antrag des Vorstandes vorzulegen.

Bericht über die Rechtsankunftsstelle.

Der Bericht des Herrn Prof. Osterrieth wird mit bestem Dank des Vorstandes für die Bemühung des Rechtsbeirates genehmigt.

Deutsches Museum.

Herr Duisberg berichtet, daß der Verein jetzt durch ihn in dem Vorstandsrat des Deutschen Museums vertreten wird.

Gründung von Fachgruppen.

Herr Rassow berichtet über die in Gründung begriffenen Fachgruppen.

Der Vorstand spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Fachgruppen für anorganische Großindustrie, analytische Chemie und Geschichte der Chemie noch vor der Hauptversammlung Jena einberufen werden, und beauftragt den Geschäftsführer mit den entsprechenden Vorarbeiten.

Umfrage über Anfangsgehälter der Chemiker.

Der Geschäftsführer hat einen schriftlichen Bericht über die jetzt abgeschlossene Rundfrage erstattet; derselbe soll gedruckt und dem Vorstandsrat und Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen sowie der Hauptversammlung zu Jena mitgeteilt werden.

Statistik der Chemiker.

Herr Rassow trägt die vorläufigen Ergebnisse dieser Statistik vor. Dieselben sollen ebenfalls dem Vorstandsrat und der Hauptversammlung vorgelegt werden.

Chemische Reichsanstalt.

Der Vorsitzende berichtet über die erfolgte Gründung des Vereins Chemische Reichsanstalt (vgl. diese Z. 21, 714 [1908]).

Es wird beschlossen, daß der Verein deutscher Chemiker diesem Verein mit einer Stimme beitreten soll; ein Mitgliedsbeitrag von jährlich 1000 M ist in den Voranschlag für 1909 einzusetzen, damit die Genehmigung des Beschlusses auf der Hauptversammlung erfolgt.

Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

Da Herr Dr. Treumann wegen Krankheit die Eingabe betreffs „Übernahme von Arbeiten für Private von seiten der staatlichen und städtischen Laboratorien“ nicht ausarbeiten kann, soll Herr Hofrat Forster gebeten werden, die betreffende Ausarbeitung zu übernehmen.

Deutscher Ausschuß für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Herr Rassow wird gebeten, der Hauptversammlung über die Gründung dieses Ausschusses schriftlichen Bericht zu erstatten.

Verschiedenes.

Der Verband Deutscher Elektrotechniker hat den Verein eingeladen, einer Kommission für die

Vorberatung der in Aussicht stehenden preußischen Polizeiverordnung über Revision elektrischer Anlagen beizutreten.

Da diese Angelegenheit wesentlich wirtschaftliche Interessen berührt, soll die Vertretung der Interessen der chemischen Fabriken dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands überlassen bleiben.

Schluß der Sitzung 5 Uhr nachmittags.

gez. C. Duisberg. gez. B. Rassow.

Antrag des Vorstandes betreffend Patent-Ausübungszwang.

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz, geeignete Schritte zu unternehmen, um gemeinschaftlich mit den anderen Interessenvertretungen der deutschen Industrie gegenüber solchen Staaten, die wie England neuerdings einen rigorosen Patent-Ausübungszwang eingeführt haben, durch systematische Anstellung von Zurücknahmeklagen in Deutschland Repressalien zu ergreifen, und dadurch die genannten Staaten zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, analog dem deutsch-italienischen und deutsch-schweizerischen Abkommen über den Ausübungszwang geneigt zu machen.“

Begründung.

Bekanntlich hat England vor kurzem einen sehr strengen Ausübungszwang mit ausdrücklicher Spitze gegen Deutschland eingeführt. In Amerika ist ein wörtlich mit dem neuen englischen Patentgesetz übereinstimmender Gesetzentwurf in Vorbereitung, der nach den neuesten Nachrichten mit Sicherheit noch in dieser Session des Kongresses zur Annahme gelangen wird. Daß bloße diplomatische Vorstellungen gegenüber solchen Schädigungen der deutschen Industrie nichts nützen, haben die Mitteilungen der Regierungsvertreter bei der letzten Etatsberatung gezeigt. Es bleibt daher der deutschen Industrie nichts anderes übrig, als ihrerseits von der durch § 11 Abs. 1 des deutschen Patentgesetzes gegebenen Waffe Gebrauch zu machen.

Bekanntlich schreibt dieser Paragraph auch für Deutschland einen strengen Ausübungszwang vor. Von demselben ist aber bisher nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht worden. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn auf Grund desselben ernsthaft gegen die betreffenden ausländischen Inhaber deutscher Patente Klagen erhoben würden, ein großer Teil dieser Patente ohne weiteres zur Vernichtung bzw. Zurücknahme gelangen würde. Das in dem Antrage vorgeschlagene Vorgehen der deutschen Interessenten würde also sicher die dadurch geschädigten englischen Interessenten veranlassen, ihre Regierung zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsabkommens geneigt zu machen, durch das analog den genannten schon bestehenden

Abkommen, festzusetzen wäre, daß die Ausübung in dem einen Vertragsstaat auch als hinreichende Erfüllung der in dem anderen Vertragsstaate bestehenden Ausübungsverpflichtung anzusehen ist.

Bezirksverein Sachsen und Anhalt.

Antrag

betreffend Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Auf Grund des Berichtes der Herren Dir. Küsel, Dr. Erlenbach und Dr. Schumann¹⁾ stellt der Bezirksverein den folgenden Antrag:

„Da in der nächsten Zeit mit dem Erscheinen einer Gesetzesvorlage über die Pensionsversicherung der Privatbeamten zu rechnen ist, so wolle der Verein deutscher Chemiker bald dieser Angelegenheit näher treten, eine Kommission zu ihrer Prüfung und Bearbeitung ernennen, auch mit nahe stehenden Berufsvereinen zu gemeinsamem Vorgehen sich in Verbindung setzen und endlich diesen Gegenstand der Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung einfügen.“

Begründung.

Wir haben uns zur Einbringung dieses Antrages entschlossen, weil die bisherigen Erhebungen über die Pensionsversicherung der Privatbeamten zu dem Ergebnisse geführt haben, daß diese Versicherung eine staatliche oder unter staatlicher Aufsicht stehende Zwangsversicherung sein muß, der also, wenn sie eingerichtet wird, auch die im Privatdienste stehenden Chemiker unterworfen werden.

Wir bitten ferner, bei der Ausgestaltung der Versicherung möglichst folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die Versicherung muß eine Zwangsversicherung mit Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht sein.

2. Die in der Denkschrift zu Grunde gelegte Höhe der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisengeld, die der für die Reichsbeamten entspricht, ist beizubehalten.

3. Mit der Versicherung ist auch eine Kranken- und Unfallversicherung zu verbinden.

4. Die Prämien sind vom Versicherten und vom Dienstgeber zu zahlen.

5. Beim Aufhören der Versicherung soll eine Rückerstattung von Prämien nicht stattfinden; es ist aber aus Billigkeitsgründen die freiwillige Weiterversicherung zuzulassen, ähnlich wie bei der deutschen Arbeiterversicherung und der österreichischen Privatbeamtenversicherung. Dabei ist indes eine Frist festzusetzen, innerhalb der die Versicherung fortgesetzt werden muß, damit sie nicht verfällt.

gez. Scheithauer.

¹⁾ Vgl. diese Z. 21, 291 (1908).

Tagesordnung für die geschäftliche Sitzung des Vereins deutscher Chemiker

am 11. Juni 1908 nachmittags im Volkshaus zu Jena.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Jahresrechnung für 1907, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes.
3. Haushaltsplan für das Jahr 1909 (Referent: Dir. Fritz Lütty).
4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer. (Es scheiden aus dem Vorstande aus: Dir. Fritz Lütty und Geheimrat Prof. Dr. W. Hempel.)
5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.
6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1909. (Beteiligung an dem Internationalen Kongreß für angewandte Chemie in der Zeit von Donnerstag, den 27. Mai bis Mittwoch, den 2. Juni 1909 zu London; Pfingsten fällt auf den 30. Mai.)
7. Berichte des Vorstandes:
 - a) Vereinszeitschrift.
 1. Abrechnung für 1907 (Referent Dir. Fritz Lütty).
 2. Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
 - b) Stellenvermittlung und Änderung der Geschäftsordnung (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
 - c) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
 - d) Rechtsauskunftsstelle (Referent: Prof. Dr. Osterrieth).
 - e) Abkommen mit Versicherungsgesellschaften (Referent: Prof. Dr. C. Duisberg).
 - f) Umfrage betreffend das Anfangsgehalt der Chemiker (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
 - g) Statistik der Chemiker und Chemiestudierenden für das Jahr 1907 (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
 - h) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen (Referent: Dr. Karl Goldschmidt).
8. Hilfskasse (Referent: Dr. Kubierschky).
9. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes (Referent Prof. Dr. C. Duisberg).
10. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht (Referent: Prof. Dr. B. Rasso w).
11. Antrag des Vereinsvorstandes auf Einsetzung eines sozialen Ausschusses, Genehmigung der Satzungen, Wahl der Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter (Referent: Dr. ing. J. Carstens).
12. Antrag des Bezirksvereins Sachsen und Anhalt betr. Privatbeamtenversicherung (Referent: Dir. Küsel).
 „Da in der nächsten Zeit mit dem Erscheinen einer Gesetzesvorlage über die Pensionsversicherung der Privatbeamten zu rechnen ist, so wolle der Verein deutscher Chemiker bald dieser Angelegenheit näher treten, eine Kommission zu ihrer Prüfung und Bearbeitung ernennen, auch mit nahe stehenden Berufsvereinen zu gemeinsamem Vorgehen sich in Verbindung setzen und endlich diesen Gegenstand der Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung einfügen.“
13. Antrag der Herren: Dr. A. Hesse, Dr. Fr. Limmer, Dr. ing. J. Carstens, Dr. P. Flemming, Dr. E. Haagn, Dr. F. Quinke.
 „Der Verein deutscher Chemiker beauftragt die Rechtsauskunftsstelle des Vereins damit, eine Zusammenstellung von gerichtlich zur Entscheidung gelangten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren technischen Beamten (Chemikern, Ingenieuren, Technikern usw.) über Verträge, Karenzklausel, Erfinderrechte und dergl. herauszugeben.“
14. Antrag des Vorstandes: „Der Verein deutscher Chemiker beschließt, dem Verein chemische Reichsanstalt mit einer Stimme beizutreten“ (Referent: Geheimrat Prof. Dr. M. Delbrück).
15. Antrag des Vorstandes betr. Ausübungszwang (Referent: Dr. jur. et phil. E. Kloeppel).
 „Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz, geeignete Schritte zu unternehmen, um gemeinschaftlich mit den anderen Interessenvertretungen der deutschen Industrie gegenüber solchen Staaten, die wie England neuerdings einen rigorosen Patent-Ausübungszwang eingeführt haben, durch systematische Anstellung von Zurücknahmeklagen in Deutschland Repressalien zu ergreifen, und dadurch die genannten Staaten zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, analog dem deutsch-italienischen und deutsch-schweizerischen Abkommen über den Ausübungszwang, geneigt zu machen.“
16. Anträge des Bezirksvereins Frankfurt:
 - a) „Die Hauptversammlung möge die Redaktion der Vereinszeitschrift beauftragen, zwei zuverlässige Generalregister für die Jahrgänge 1—10 resp. 10—20 der Zeitschrift für angewandte Chemie anzufertigen.“
 - b) „Der Vorstand möge bei der Geschäftsstelle eine Vermittlungsstelle für Vorträge für die Bezirksvereine einrichten.“
17. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.